



Hamburg

Behörde für Schule,
Familie und Berufsbildung

Schriftliche Abiturprüfung Schuljahr 2025/2026

Geschichte auf erhöhtem Anforderungsniveau an allgemeinbildenden gymnasialen Oberstufen

Haupttermin
Montag, 4. Mai 2026, 09:00 Uhr

Unterlagen für die Lehrkräfte

Diese Unterlagen sind nicht für die Prüflinge bestimmt.

Diese Unterlagen enthalten:

1. Allgemeines
 2. Rückmeldebogen für die Zweidurchsicht
 3. Hinweise zu den Aufgaben
 4. Hinweise zum Korrekturverfahren
 5. Erwartungshorizont und Bewertung
-

1. Allgemeines¹

- Weisen Sie bitte die Prüflinge auf die allgemeinen Arbeitshinweise hin.
- Die Arbeitszeit beträgt **315 Minuten**.
- Eine gesonderte Lese- oder Auswahlzeit wird nicht gewährt.
- Hilfsmittel: Rechtschreibwörterbuch, Fremdwörterlexikon

¹ Entsprechend der „Richtlinie über die Gewährung von Erleichterungen für neu zugewanderte Schülerinnen, Schüler und Prüflinge bei Sprachschwierigkeiten in der deutschen Sprache“ (MBISchul Nr. 08, 7. Oktober 2016, S. 60) werden für die betroffenen Prüflinge die folgenden Erleichterungen gewährt:

- Die Bearbeitungszeit wird um 30 Minuten auf **345 Minuten** erhöht.
 - Ein nicht-elektronisches Wörterbuch Deutsch – Herkunftssprache / Herkunftssprache – Deutsch wird bereitgestellt.
-

2. Rückmeldebogen für die Zweiddurchsicht

Bitte umgehend ausfüllen und

- a) an die Schule senden, die die externe Zweiddurchsicht übernimmt,
oder ggf.
- b) an die Kollegin/den Kollegen geben, die/der die interne Zweiddurchsicht übernimmt.

Information für die Zweiddurchsicht

Fach:

Geschichte
auf erhöhtem Anforderungsniveau

Kurs-Nummer: _____

Bearbeitet wurden die folgenden Aufgaben:

Aufgaben-Nr.		Anzahl	
1	von		Prüflingen
2	von		Prüflingen
3	von		Prüflingen

3. Hinweise zu den Aufgaben

- Die Lehrkraft erhält **drei** Aufgaben zu unterschiedlichen Schwerpunkten und reicht alle an die Prüflinge weiter.
- Die Prüflinge wählen **eine** Aufgabe aus und bearbeiten diese.
- Sie vermerken auf dem Deckblatt und der Reinschrift, welche Aufgabe sie bearbeitet haben (**1, 2 oder 3**).

4. Hinweise zum Korrekturverfahren

- Die Korrekturen werden gemäß der „Richtlinie für die Aufgabenstellung und Bewertung der Leistungen in der Abiturprüfung“ (Abiturrichtlinie) in der geltenden Fassung vorgenommen.
- Die für das Fach zuständige Lehrkraft begutachtet die Arbeiten unter Beachtung zentraler Bewertungsvorgaben und unter Kennzeichnung ihrer Vorzüge und Mängel, der richtigen Lösungen und der Fehler und bewertet jede Arbeit mit einer Punktzahl (siehe Erstkorrekturbogen). Entwürfe können ergänzend zur Bewertung herangezogen werden.
- Jede Arbeit wird sodann von der zweiten Fachlehrkraft durchgesehen, die sich entweder (auf dem Erstkorrekturbogen) der Bewertung durch die für das Fach zuständige Lehrkraft anschließt oder (auf dem Zweiddurchsichtbogen) ein ergänzendes Gutachten mit Bewertung anfertigt.
- Die oder der Vorsitzende des Fachprüfungsausschusses legt die endgültige Punktzahl fest. Beträgt die Differenz der im Erstgutachten und im ergänzenden Gutachten erteilten Punktzahlen nicht mehr als drei Punkte, bildet sie oder er den Mittelwert beider Punktzahlen; eine gebrochene Zahl wird zur nächsten vollen Punktzahl aufgerundet. Beträgt die Differenz der im Erstgutachten und im ergänzenden Gutachten erteilten Punktzahlen mehr als drei Punkte, legt die oder der Vorsitzende des Fachprüfungsausschusses die endgültige Punktzahl in Auseinandersetzung mit den erstellten Gutachten entsprechend dem Erfordernis der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Bewertung der Prüfungsleistungen fest und begründet die Entscheidung auf dem Formular „Festlegung der Note bei einer Differenz der im Erstgutachten und im ergänzenden Gutachten erteilten Punktzahlen von mehr als drei Notenpunkten“.
- Die Bewertungsbögen und eine Berechnungstabelle für Teilnoten und die Endnote in der schriftlichen Abiturprüfung sind als Download zu finden auf der Plattform Prüfungen (vormals HERA) im LMS.

5. Erwartungshorizont und Bewertung

Vorbemerkung:

Eine vollständige Erarbeitung des Erwartungshorizontes ist nicht erforderlich. Inhaltlich zutreffende Ausführungen, die auf die Aufgabenstellung bezogen, aber im Erwartungshorizont nicht aufgeführt sind, sollen bei der Beurteilung angemessen berücksichtigt werden.

Aufgabe 1

Themenbereich: Staat und Nation in der deutschen Geschichte
des 19. und 20. Jahrhunderts

Schwerpunkt: Die Weimarer Republik

Erwartungshorizont

Teilaufgabe 1.1

Fassen Sie M1 zusammen.

(Anforderungsbereich I, 30%)

Die Schülerinnen und Schüler bestimmen zunächst die äußeren Merkmale der Quelle: Sie geben an, dass es sich bei M1 um einen Zeitungsartikel handelt, der von dem damaligen Außenminister Gustav Stresemann (anonym) in einer angesehenen, nationalliberal orientierten Tageszeitung veröffentlicht wurde. Sie verweisen darauf, dass der Text gegen Ende des Jahres 1925, etwa einen Monat nach dem Abschluss der Verträge von Locarno, erschien. Inhaltlich sollten die Schülerinnen und Schüler grundsätzlich erfassen, dass Stresemann in seinem Text die Einwände der Kritiker des Vertragswerks von Locarno zu entkräften versucht und stattdessen Funktion und Vorteile dieser Verträge hervorhebt.

Im Einzelnen sollte in etwa dargelegt werden, dass Stresemann

seine Argumentation auf Überlegungen zur Sicherheitspolitik aufbaut und

- den Kritikern der Verträge von Locarno vorwirft, das Problem der deutschen und französischen Sicherheit nicht hinreichend zu berücksichtigen,
- davor warnt, dass diese Probleme ohne deutsche Beteiligung gelöst würden, wenn Deutschland nicht aktiv an Verhandlungen teilnehme,
- wesentliche Probleme in der Besetzung des Rheinlands darüber hinaus in einem zunehmend festen Bündnis der Westmächte und einer Isolation Deutschlands erkennt;

die Grundlagen seiner außenpolitischen Konzeption benennt und dabei

- eine Anerkennung der machtpolitischen Gegebenheiten nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg als Voraussetzung dafür betrachtet, die Situation Deutschlands zu verbessern,
- die Prinzipien des Völkerbundes (Ächtung von Angriffskriegen, Schiedsverfahren) anführt;

in Bezug auf die Verträge von Locarno erklärt, dass

- die Anerkennung der Westgrenze der Preis für die Wiedergewinnung des Rheinlands sei,
- eine Revision der deutschen Ostgrenzen zwar historisch notwendig, angesichts der politischen Machtverhältnisse aktuell aber nicht möglich sei, der deutsche Anspruch darauf jedoch erhalten bleibe,
- die mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Schiedsverträge Deutschland vor Angriffen schützten, dabei aber keinesfalls eine Anerkennung der Ostgrenzen bedeuten würden,
- die Bindungen Frankreichs an Polen und die Tschechoslowakei durch die Verträge gelockert würden und Deutschland damit mehr Handlungsspielraum verschaffen würden;

den zukunftsweisenden „Geist von Locarno“ dem der Vergangenheit verhafteten „Geist von Versailles“ gegenüberstellt und betont, dass

- der „Geist von Locarno“ schon erste (konkrete) positive Auswirkungen habe,
- der kriegerische „Geist von Versailles“ im Denken vieler Menschen tief verankert sei,
- dieser „Geisterkampf“ in der deutschen Öffentlichkeit noch nicht entschieden sei.

Teilaufgabe 1.2

Ordnen Sie M1 in den historischen Kontext der Außenpolitik der Weimarer Republik ein.

(Anforderungsbereich II, 40%)

Im Rahmen ihrer Einordnung von M1 in den historischen Kontext könnten die Schülerinnen und Schüler etwa die folgenden Ereignisse und Entwicklungen anführen. Dabei sollten sie nicht nur eine chronologische Darstellung der Ereignisse bieten, sondern stets auch Bezüge zu Aussagen aus M1 herstellen. Vollständigkeit wird nicht erwartet, Maßstab muss sein, was Thema im Unterricht war. Die Schülerinnen und Schüler führen etwa folgende Aspekte an:

- Kriegsniederlage (1918) und Versailler Vertrag (1919): Gebietsabtretungen, Demilitarisierung, Kriegsschuld-Artikel 231, Festsetzung von Reparationszahlungen (Stresemann spricht in M1 vom „unglücklichen Ausgang des Weltkrieges“), Besetzung des Rheinlands (ursprünglich befristet bis 1935) (Stresemann: „Belastung der deutschen Souveränität im Rheinland“), verbreitete Gefühle nationaler Demütigung, Revision des Vertrags als vorrangiges außenpolitisches Ziel aller Regierungen der Weimarer Republik (Stresemann spricht in M1 von „Entscheidungen über die großen politischen Fragen, in denen wir den Machtspruch von Versailles nicht als endgültig anerkennen können“, und hofft auf eine „Wiedergutmachung des Deutschland in Versailles [...] angetanen Unrechts“);
- Besetzung des Ruhrgebiets (1923) durch französische und belgische Truppen, nachdem Deutschland mit den Reparationszahlungen in Rückstand geraten war (11.01.1923), daraufhin völlige Einstellung der Zahlungen, Aufruf der Regierung zum passiven Widerstand, massiver Anstieg von Staatsverschuldung und Inflation, Abbruch des Ruhrkampfes (26.09.1923);
- Amtsantritt Gustav Stresemanns als Außenminister im August 1923 (bis zum 30.11.1923 war er zugleich Reichskanzler): außenpolitische Konzeption geprägt von der Verknüpfung von internationaler Verständigung und nationalem Revisionismus;
- Einführung der Rentenmark (15.11.1923): Ende der Hyperinflation, wirtschaftliche Stabilisierung, Stärkung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft auf internationaler Ebene;
- Dawes-Plan (1924): Festlegung der Höhe der jährlichen deutschen Reparationszahlungen (die zunächst deutlich geringer ausfiel), der Plan enthielt weder eine Gesamtsumme noch eine zeitliche Befristung, trug aber durch internationale Kredite (v. a. aus den USA) gleichwohl zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft bei;
- Verträge von Locarno (16.10.1925): Deutschland auf der einen und Frankreich und Belgien auf der anderen Seite verpflichteten sich, keinen Krieg gegeneinander zu beginnen, und erkannten die mit dem Versailler Vertrag zwischen ihren Staaten festgelegten Grenzen an (von Stresemann in M1 als „Westpakt“ angesprochen, mit dem auf eine „Änderung der Grenzen“ verzichtet werde), festgelegt wurde zudem eine Entmilitarisierung des Rheinlands; Großbritannien und Italien fungierten als Garantmächte; eine Revision der Ostgrenzen behielt die deutsche Regierung sich dagegen vor (Stresemann spricht in M1 gar von einem „Vollzug historischer Notwendigkeiten“), verzichtete in Schiedsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei lediglich auf eine gewaltsame Änderung der Grenzen (Stresemann betont in M1, es sei ohnehin „keine Möglichkeit gegeben [...], mit Gewalt die Ostgrenzen Deutschlands zu korrigieren“); Beschluss über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund; innenpolitisch waren die Verträge umstritten und wurden von der nationalistischen Rechten als Verrat an deutschen Interessen bezeichnet, während es Stresemann damit zugleich gelang, das Ansehen Deutschlands in der Weltöffentlichkeit zu steigern;
- Räumung der ersten Rheinland-Besatzungszone im Umkreis von Köln infolge der Verträge von Locarno mit einjähriger Verspätung im Januar 1926 (Stresemann spricht in M1 bereits von einem „Abbau der französischen Landvögte im besetzten Gebiet“ als Erfolg der Locarno-Politik sowie von der „Wiederzulassung eines deutschen Rheinlandkommissars“ im Interalliierten Hohen Ausschuss für die Rheinlande, was die schrittweise Einbindung Deutschlands in internationale Gremien verdeutlichte);

- Berliner Vertrag (24.04.1926): Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion (Vereinbarungen über Handel und militärische Zusammenarbeit, Neutralität im Falle eines Krieges gegen einen Drittstaat); Fortsetzung der mit dem Vertrag von Rapallo 1926 begonnenen Annäherung gegenüber der Sowjetunion; Erhöhung des Drucks auf Polen, den deutschen Forderungen nach einer Revision der im Versailler Vertrag festgelegten Grenzen entgegenzukommen;
- Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund (08.09.1926): Rückkehr Deutschlands in die internationale Gemeinschaft, Symbol für die gestiegene internationale Anerkennung (Stresemann spricht in M1 von der internationalen Wahrnehmung der Locarno-Verträge als „Einleitung einer neuen europäischen Politik“ und hebt die „Ideen des Völkerbundes“ positiv hervor);
- Young-Plan (1929): neuer Zahlungsplan für die deutschen Reparationen, der dem deutschen Wunsch nach einer Senkung der Schuldenlast entgegenkam; Festsetzung der Reparationssumme auf 112 Milliarden Reichsmark einschließlich der Zinsen mit einer Laufzeit bis 1988; Reichsbahn und Reichsbank standen fortan nicht mehr unter ausländischer Kontrolle – diese Einschränkung der deutschen Souveränität wurde damit aufgehoben;
- Räumung des seit 1919 von alliierten Truppen besetzten Rheinlands im Juni 1930 – fünf Jahre früher, als ursprünglich vorgesehen (diesen Erfolg seiner Politik erlebte Stresemann aber nicht mehr, da er im Oktober 1929 starb); Frankreich hatte die vorzeitige Räumung des Rheinlands von deutschen Zugeständnissen, vor allem von einer verlässlichen Regelung der Reparationsfrage, abhängig gemacht – eine Forderung, die mit dem Abschluss und der Annahme des Young-Plans durch die deutsche Regierung als erfüllt angesehen wurde;
- anschließend Kurswechsel hin zu einer aggressiveren Außenpolitik, die das Ziel verfolgte, das Deutsche Reich wieder als Großmacht zu etablieren:
 - rüde Ablehnung des Paneuropa-Vorschlags des französischen Außenministers Aristide Briand,
 - Plan einer deutsch-französischen Zollunion, die 1931 am französischen Widerstand scheiterte,
 - Forderung nach einer Revision des Youngplans, die im Zuge der deutschen Zahlungsfähigkeit nach der Bankenkrise vom Juli 1931 auch gelang: Konferenz von Lausanne Juli 1932,
 - Forderung nach einer militärischen Gleichberechtigung, die Deutschland im Dezember 1932 grundsätzlich zugestanden wurde.

Denkbar ist neben einer „klassischen“ Einordnung in den Kontext relevanter Stationen der deutschen Außenpolitik auch eine Einordnung der Position Stresemanns in den zeitgenössischen Diskurs (den „prinzipielle[n] Geisterkampf“, so Stresemann in M1 zwischen Revisionismus (Vorwurf der „Preisgabe deutschen Landes“) und Verständigung („Einleitung einer neuen europäischen Politik“).

Teilaufgabe 1.3

Beurteilen Sie, ob die Verträge von Locarno ein Erfolg der deutschen Außenpolitik waren. Beziehen Sie dabei M1 und M2 mit ein.

(Anforderungsbereich III, 30%)

Die Schülerinnen und Schüler sind aufgefordert, ein begründetes, abwägendes Sachurteil zu fällen. Dabei sollten sie einleitend die positive Deutung Stresemanns der kritischen Position Gottfried Feders (M2) gegenüberstellen, der die Locarno-Politik Stresemanns als erfolglos bezeichnet und sie in eine Kette vermeintlich weiterer außenpolitischer Misserfolge einreihet.

Die Verträge von Locarno als Erfolg deutend könnten die Schülerinnen und Schüler etwa

- im Sinne von M1 anführen, dass die Anerkennung der durch den Versailler Vertrag festgelegten Grenzen des Deutschen Reichs zu Frankreich und Belgien durch die Verträge von Locarno zu einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen zu den westlichen Nachbarn führte (Befriedigung gerade des französischen Sicherheitsbedürfnisses) und als Grundstein einer neuen Vertrauensbasis betrachtet werden kann,
- darauf verweisen, dass das Vertragswerk hinsichtlich der Westgrenzen Sicherheitsgarantien enthielt und somit die Gefahr eines erneuten Krieges in Westeuropa minderte,
- betonen, dass Deutschland mit den Verträgen von Locarno die moralische und politische Isolation der ersten Nachkriegsjahre durchbrechen konnte und wieder in den Kreis der führenden Mächte eintrat,

- argumentieren, dass die Verträge von Locarno den Weg für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926 ebneten,
- die Eröffnung diplomatischer Spielräume für das Deutsche Reich anführen; der Geist von Locarno stand für eine Politik der Verständigung und des Friedens, wodurch sich Deutschland als verantwortungsbewusster Partner auf der internationalen Bühne präsentieren konnte,
- hervorheben, dass Stresemann seinem Ziel eines Wiederaufstiegs des Deutschen Reichs zur souveränen und im internationalen System gleichberechtigten Großmacht näherkam,
- argumentieren, dass Gustav Stresemann seinen politischen Einfluss und das Ansehen der Weimarer Republik durch den Abschluss der Verträge sowohl national als auch international stärken konnte,
- darauf verweisen, dass Stresemann gemeinsam mit dem französischen Außenminister Aristide Briand 1926 für die Verständigungspolitik von Locarno mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde,
- betonen, dass die Verträge zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft beitrugen, da sie das Vertrauen ausländischer Investoren stärkten und die wirtschaftliche Isolation Deutschlands verringerten,
- argumentieren, dass die Verträge von Locarno durch die politische Stabilisierung Europas und die Integration Deutschlands in die internationale Gemeinschaft das notwendige Vertrauen und damit eine neue Verhandlungsbasis für die Reparationsfrage schufen, die 1929 mit dem Young-Plan (im März 1930 vom Reichstag angenommen) vermeintlich abschließend geregelt wurde und Deutschland in den ersten Jahren eine deutliche Entlastung brachte,
- betonen, dass die Verträge von Locarno durch ihre vertrauensbildende Wirkung langfristig auch dazu beitrugen, dass die französischen, belgischen und britischen Besatzungstruppen aus dem Rheinland schon 1930 (und damit fünf Jahre früher als im Versailler Vertrag vorgesehen) abzogen,
- anführen, dass Stresemann grundsätzlich eine auf die Revision des Versailler Vertrags ausgerichtete Außenpolitik betrieb und seine Zielvorstellung ein möglichst rascher Wiederaufstieg des Deutschen Reiches zur souveränen und im internationalen System gleichberechtigten Großmacht war; die Verträge von Locarno lassen sich so als konsequente Umsetzung der Strategie Stresemanns verstehen, internationale Verständigung und nationalen Revisionismus miteinander zu verschmelzen.

Die Verträge von Locarno eher kritisch betrachtend könnten die Schülerinnen und Schüler etwa

- im Sinne von M2 argumentieren, dass Stresemann das revisionistische Potential der Locarno-Politik überschätzte und insbesondere das für ihn zentrale Ziel einer vorzeitigen Räumung des Rheinlands von alliierter Besatzung nicht mehr zu seinen Lebzeiten, sondern erst 1930 erreicht wurde,
- betonen, dass die Verträge von Locarno zwar die westlichen Grenzen sicherten, die deutschen Ostgrenzen, insbesondere gegenüber Polen, aber nicht anerkannt wurden, was zu anhaltenden Spannungen zwischen dem Deutschen Reich auf der einen und Polen und der Tschechoslowakei auf der anderen Seite führte; die Schiedsverträge Deutschlands mit den beiden Staaten wurden von niemandem garantiert und waren somit wenig bedeutsam,
- anführen, dass Stresemanns Politik eher langfristig angelegt war, dabei aber doch kurzfristiger Erfolge bedurfte, um die innenpolitische Basis dieser Außenpolitik nicht zu gefährden, und diese Rückwirkungen sich nicht so schnell wie erhofft einstellten,
- argumentieren, dass die Verträge eher von symbolischer Bedeutung waren und es im Falle eines internationalen Konflikts trotz der Garantiemächte England und Italien an Maßnahmen zur praktischen Umsetzung und Überwachung mangelte,
- hervorheben, dass Teile der deutschen Bevölkerung, insbesondere nationalkonservative und rechtsradikale Kreise, die Locarno-Verträge ablehnten, da sie in Bezug auf die Westgrenze die Regelungen des Versailler Vertrags (und damit vor allem den endgültigen Verlust Elsass-Lothringens) anerkannten und auch mit Blick auf die erstrebte Räumung des Rheinlands nicht sofort zu Erfolg führten; Kritik äußerte aber auch die politische Linke, insbesondere die KPD, die befürchtete, die Verträge könnten dazu führen, dass das Deutsche Reich mit den westlichen Staaten eine Front gegen die sozialistische Sowjetunion bilden würde; dies führte zu Spannungen, was die langfristige Wirksamkeit der Verträge in Frage stellte,
- darauf verweisen, dass Stresemanns außenpolitisches Erbe bereits in der Zeit der Präsidialkabinette in Frage gestellt wurde, weil die Reichsregierungen nicht länger seiner Linie folgten,

die Revisionspolitik in eine umfassende Verständigungspolitik mit den anderen Großmächten einzubetten, sondern eine offensive Revisionsstrategie verfolgten.

Abschließend wägen die Schülerinnen und Schüler die Argumente gegeneinander ab, machen ihre Kriterien deutlich (zum Beispiel kurzfristiger Erfolg für Deutschland oder langfristige Aussöhnung und Friedenssicherung für Europa) und kommen zu einem kriterienklaren, triftigen Urteil.

Bewertung

Kriterien für eine gute Leistung:

Die Note „**gut**“ (11 Punkte) wird erteilt, wenn

- die Quelle M1 zutreffend beschrieben und ihr Inhalt korrekt, komprimiert und präzise zusammengefasst wird,
- bei der Einordnung der Quelle eine Vielzahl von historischen Bezugspunkten korrekt angeführt wird und dabei unter steten Bezugnahmen auf die Quelle temporale und kausale Verknüpfungen vorgenommen werden,
- ausgehend von einer präzisen Bezugnahme auf zentrale Aussagen aus M1 und M2 ein kriteriengeleitetes und in Bezug auf die historischen Ereignisse durchgehend nachvollziehbares Sachurteil verfasst wird,
- die fachsprachlichen Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, differenziert und korrekt verwendet werden,
- die Bezüge zu den Materialien und ggf. weiteren Positionen und Argumentationen sprachlich zutreffend vorgenommen werden (z. B. durch Zitation, indirekte Rede, klare und durchgängige Unterscheidung von Fremd- und Eigenposition),
- die Ausführungen schlüssig strukturiert sind, d. h. z. B. eine erkennbare Gliederung, logische Argumentationszusammenhänge, klare Bezüge sowie eine Unterscheidung von zentralen und nebensächlichen Aspekten gegeben sind,
- die Ausführungen in eigener Sprache, korrekt und kompakt Sachverhalte und Positionen beschreiben und Argumentationen überzeugend zum Ausdruck bringen.

Kriterien für eine ausreichende Leistung:

Die Note „**ausreichend**“ (05 Punkte) wird erteilt, wenn

- der Inhalt von M1 hinreichend komprimiert und weitgehend zutreffend zusammengefasst wird,
- bei der Einordnung der Quelle einige historische Bezugspunkte zumeist korrekt angeführt werden und temporale und kausale Verknüpfungen in Grundzügen zu erkennen sind,
- ausgehend von einer erkennbaren Bezugnahme auf Aussagen aus M1 und M2 ein in Bezug auf die historischen Ereignisse weitgehend korrektes Sachurteil verfasst wird,
- wichtige fachsprachliche Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, überwiegend richtig verwendet werden,
- Bezüge zu den Materialien (z. B. durch Textverweise) hergestellt und Fremd- und Eigenposition teilweise unterschieden werden,
- die Ausführungen strukturierende Elemente enthalten, d. h. in der Regel ein Bezug zur Fragestellung, eine Gliederung nach Themen und Unterthemen sowie zumeist noch eine erkennbare Gedankenführung gegeben sind,
- die Ausführungen zumeist in eigener Sprache nachvollziehbar formuliert sind.

Bei erheblichen Mängeln in der sprachlichen Richtigkeit und der äußeren Form sind je nach Schwere und Häufigkeit der Verstöße bis zu zwei Notenpunkte der einfachen Wertung abzuziehen.

Aufgabe 2

Themenbereich: Staat und Nation in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts

Schwerpunkt: Die Weimarer Republik

Erwartungshorizont

Teilaufgabe 2.1

Fassen Sie M1 und M2 zusammen.

(Anforderungsbereich I, 30%)

Die Schülerinnen und Schüler beschreiben die äußeren Quellenmerkmale von M1 und M2 und erkennen beide Quellen als Stellungnahmen zur Kultur und Kulturpolitik in der Weimarer Republik.

Für die Quelle M1 halten sie fest, dass es sich um einen Auszug eines Manifestes, folglich um eine programmatische Schrift handelt, in der 1929 öffentlich kulturpolitische Grundsätze festgehalten werden. Sie erfassen als Urheber dieser kulturpolitischen Grundsätze den NSDAP-nahen Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK).

Die Schülerinnen und Schüler legen darüber hinaus in etwa dar, dass der KfdK in M1

- eingangs den Sieg einer internationalen Menschheitskultur ohne nationale oder räumliche Verwurzelung behauptet, welche
 - zur willkürlichen Verbindung von einstmals unverbundenen Individuen führe,
 - in einer Großstadtbevölkerung von „Untermenschen“ münde, die kulturell und national entfremdet sei,
 - den Einzelmenschen zum Opfer von „Volksverrättern“ mache,
- die deutsche Kultur als eine von dieser Menschheitskultur geknebelte beschreibe, die durch die internationalen und nicht-deutschen Einflüsse zerfalle, weil
 - deutsche Kulturinstitutionen aktuell von Personen geleitet würden, die den deutschen Interessen entgegenstünden,
 - bei Veranstaltungen in den Kulturinstitutionen allein internationalistische Stimmen zu Wort kämen,
- die „Schuld“ für den Einfluss der internationalen Menschheitskultur auf die deutsche Kultur beim deutschen Volke sehe, welches diese Schuld sühne, also bestraft werde durch
 - die Entlassung von national denkenden Universitätsprofessoren und deren Ersetzung durch Lehrkräfte, die sich gegen das deutsche Militärwesen richteten,
 - die Benachteiligung deutscher gegenüber ausländischen Künstlern,
 - die prekären Lebensverhältnisse und geringen Auftrittsmöglichkeiten national denkender Dichter, die durch ein nichtdeutsches Theater- sowie ein internationalistisches Pressesystem ausgeschlossen würden,
 - das Schwinden von Gerechtigkeit im deutschen Rechtssystem,
- abschließend die „Schuld“ und deren „Sühne“ als eine gerechte Strafe für das „Versagen“ des deutschen Volkes bewertet und schlussfolgert, dass es eine Veränderung dieser Verhältnisse nur geben könne, wenn aus allen gesellschaftlichen Schichten aktiver Widerstand geleistet werde, um geistige Freiheit und kreative Entfaltung des „deutschen Wesens“ zurückzuerlangen.

Für die Quelle M2 halten die Schülerinnen und Schüler fest, dass es sich um einen offenen Brief des Schriftstellers Harry Graf Kessler an die Zentral-Redaktion für deutsche Zeitungen aus dem Jahr 1930 handelt, in dem er sich auf die Politik des ersten NSDAP-Staatsministers, Wilhelm Frick, und auf diejenige des Leiters der Vereinigten Kunstanstalten in Weimar, Paul-Schultze-Naumburg, vom Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK) bezieht, M2 mithin als eine Entgegnung auf die in M1 erfasste Programmatik und deren Umsetzung in Weimar verstanden werden kann.

Inhaltlich legen die Schülerinnen und Schüler etwa dar, dass Kessler in M2

- die kulturelle Situation in Weimar 1930 mit der Ära Wilhelms II. vergleicht und hervorhebt,

dass sich 1904 Künstler erfolgreich im deutschen Künstlerbund gegen die Zensur seitens der kaiserlichen Regierung wehrten, aktuell jedoch im Namen des „deutschen Geschmacks“ moderne Kunst aus Museen entfernt würde,

- Beispiele von Künstlern nennt, deren Werke aus Weimarer Museen entnommen worden seien (Franz Marc, Oskar Kokoschka und Paul Klee), obwohl
 - diese Künstler einen europäischen Ruf genossen,
 - Künstler wie Franz Marc sich als Frontsoldat im Kriegsdienst verdient gemacht hätten,
- als Grund für die Entfernung der Bilder aus den Weimarer Museen die Vorliebe Paul Schultze-Naumburgs für Heimatkunst nennt, welcher
 - keinen europäischen Ruf genosse,
 - nicht als Frontsoldat gekämpft habe,
- abwägt, dass diese Kulturpolitik in Weimar zwar bedauerlich sei, es jedoch andere Kulturzentren in Deutschland gebe,
- es dennoch als bedenklich bewertet, wenn die in Weimar angewendete Kulturpolitik in ganz Deutschland Raum greife,
- bedauert, dass dies sowohl in München als auch in Berlin bereits passiert sei (Zensur der Autoren Wolf, Döblin und Remarque),
- zusammenfasst, dass diese Kulturpolitik nicht nur die deutsche Wirtschaft und Politik, sondern auch die kulturelle Identität des Landes bedrohe.

Eine besondere Leistung liegt vor, wenn die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass Kessler abschließend zur Verteidigung der deutschen Kultur gegen die Kulturpolitik Fricks und Schultze-Naumburgs aufruft und dies absichtsvoll mit der Wortwahl der Nationalsozialisten tut: „Deutschland erwache!“.

Teilaufgabe 2.2

Ordnen Sie M1 und M2 in die Kultur- und Medienentwicklung der Weimarer Republik ein.

(Anforderungsbereich II, 40%)

Die Schülerinnen und Schüler beziehen vor dem Hintergrund ihres Vergleichs M1 und M2 auf die Medien- und Kulturentwicklung der Weimarer Republik. Erwartet wird eine strukturierte Einordnung, die über das bloße Anführen von Fakten hinausgeht und konkret auf das Bezug nimmt, was in M1 und M2 genannt wird, und es mit den kulturellen Entwicklungen in Deutschland zu einer triftigen Narration verknüpft. Vollständigkeit wird nicht erwartet, Maßstab muss sein, was Thema im Unterricht war.

Mögliche Anknüpfungspunkte könnten in etwa sein:

Kultur

- Musik/Revuen: M1 steht innerhalb eines Diskurses, welcher Kulturimporten und deren Konsum (rund um Revuen, Jazz-Musik oder Hollywood-Filme) wahlweise „Amerikanisierung“ oder auch „Kultur-Bolschewismus“ vorwirft.
- Architektur: M2 formuliert einen Angriff auf die von Schulze-Naumburg mit initiierte Heimatschutz-Bewegung („den heimkünstlerischen Geschmack des Herrn Professor Schulze-Naumburg“, M2), die sich dem Erhalt von Sitten und Gebräuchen sowie traditionellen Elementen in Landschaft und Bauwesen widmete (u. a. auch im Heimatarchitekturschutz eine Stilrichtung prägte, die sich gegen das Bauhaus wandte). Gleichzeitig wird sich gegen die Schließung des Weimarer Bauhauses („die ehemals blühende Kunstschule“, M2) ausgesprochen, eine in Europa stilprägende, einflussreiche Design-, Kunst- und Architektur-Schule mit Gründungsort Weimar.
- Bildende Kunst: In M2 werden Künstler der Moderne und moderner Stilrichtungen (Expressionismus, Neue Sachlichkeit) in Schutz genommen. M1 ist mithin anti-modernistischen reaktionären Stimmen des Kulturkampfes gleichzusetzen; Frick und Schulze-Naumburg (M1) sind namentlich Urheber der von Kessler (M2) kritisierten Verbote und Zensuranstrengungen in seinem Wohnort Weimar.
- Literatur/Theater/Film: M2 verteidigt Publikationen, die sich in der Weimarer Republik (erstmalig) sozialkritischer Themen der Frauen- und anderer politischer Bewegungen (Abtreibung, Pazifismus, alternative Partnerschaftsmodelle zur Ehe) künstlerisch annehmen (der Autoren Wolf, Döblin und Remarque). M1 ist als reaktionäre Gegenbewegung gegen diese als undeutsch empfundenen Kulturströmungen einzustufen.
- Stadt-Kultur: Die Großstadtkritik von M1 steht in einer Tradition des Kulturpessimismus, der in Urbanisierung und Individualisierung das Grundübel der Moderne betrachtet (Spengler,

Klages). M2 führt indirekt Berlin als die vor reaktionären Stimmen zu schützende Kultur-Metropole mit großer Strahlkraft an.

Medien

- Presse: Die Weimarer Republik war geprägt von einem florierenden Presse- und Publikationswesen: Erst durch die Etablierung der Massenmedien können Positionen wie M1 und M2 überhaupt einem breiten Publikum zugänglich werden.
- Mediale Öffentlichkeit: Beide Quellen, M1 und M2, stellen konträre Positionierungen zum Kulturwesen innerhalb eines demokratischen Partizipationsraumes dar. M2 – ein offener Brief an eine Zeitungsredaktion – stellt bereits formal ebenjene kulturelle (und publizistische) Freiheit dar, die als gesetzlich verbürgte Pressefreiheit in der Weimarer Verfassung von 1919 überhaupt erst verankert wurde, M1 eine sich gegen diesen politischen Rahmen richtende (alternative) politische Programmatik.
- (Medien-)Technik: Innovation und Begeisterung für technologischen Fortschritt setzen in der (Berliner) Ton- und Film-Industrie (Babelsberger Filmstudios) sowie der Architektur (Bauhaus, das 1925 aufgrund finanziellen Drucks der Landesregierung aus Weimar nach Dessau umziehen musste) neue Standards. M2 hebt Erfolgsautoren und deren Werke hervor und kritisiert explizit kulturelle Verbote wie diejenigen von Theater- und Filmvorführungen.

Teilaufgabe 2.3

Diskutieren Sie ausgehend von M1 und M2 den Einfluss von Kultur und Medien auf das Ende der Weimarer Republik.

(Anforderungsbereich III, 30%)

Die Schülerinnen und Schüler führen mithilfe ihrer bisherigen Arbeitsergebnisse und weiterer Kenntnisse triftige Argumente sowohl für als auch gegen die These an, dass Kultur und Medien einen großen Einfluss auf das Scheitern der Weimarer Republik hatten. Auch Lösungen, die von der folgenden Skizze abweichen, können als gelungen gewertet werden, wenn sie sachlich zutreffend und triftig begründet sind.

Für einen deutlichen Einfluss der Kultur/Medien auf das Ende der Weimarer Republik kann argumentiert werden:

Kultur

- Kultur wurde sowohl von links als auch von rechts politisch aufgeladen. Es entstanden politisch-künstlerische Zwischenformen, welche Kunst- und Politikelemente vereinten, wie im Allgemeinen an der politischen Plakatkunst der Zwischenkriegszeit zu sehen ist oder im Speziellen im linken „Agitprop“. Gewaltinszenierungen von Themen in Ton, Bild und Film verschärften die politische Auseinandersetzung deutlich.
- Der kulturelle Diskurs innerhalb der Weimarer Republik spaltete. Was die eine Seite für Errungenschaften hielt, erschien der anderen als Fehlentwicklungen (M1, M2). Diesen attestierten Fehlentwicklungen wurde zunehmend durch Zensur/Verbote begegnet. Exemplarisch steht der Umzug des Bauhauses von Weimar nach Dessau 1925 und von dort nach Berlin 1932, wo es letztlich zur politisch motivierten Schließung kam.

Medien

- Mediale und technische Innovationen wurden maßgeblich für die politische Kommunikation: Das Leitmedium während der Weimarer Republik war die Zeitung, aber auch Rundfunk und Film wurden seit ihren späten Jahren zur direkten politischen Kommunikation oder der (indirekten) Vermittlung von Werthaltungen und Weltbildern genutzt. Ohne diesen Kultur- und Medieneinsatz war eine politische Öffentlichkeit nicht mehr denkbar. Propaganda als weltanschauliche Manipulations- und Formungstaktik entsprang dem technologischen Fortschritt.
- Neuartige Boulevardtitel verbanden inhaltliche Mittel wie Sensationalismus und Skandalisierung sowie gestalterische Elemente wie Bebilderung mit einer politischen Agenda. NS-Titel („Der Angriff“, „Der Stürmer“, „Illustrierter Beobachter“) bedienten sich der Mittel der Boulevardpresse und agitierten gegen die Republik.
- Massenmedien zeigten während der Zwischenkriegszeit ihre Machtfülle. Der Medienunternehmer Alfred Hugenberg (DNVP) kontrollierte große Teile des deutschen Pressewesens und verbreitete gezielt antirepublikanische Propaganda.
- Wichtige Versammlungsöffentlichkeiten, etwa Demonstrationen, Kundgebungen oder Aufmärsche – sowohl von links als auch von rechts – erhielten durch ihre mediale

Inszenierung und Darstellung eine deutlich potenzierte Schlagkraft.

Andererseits kann für einen weniger deutlichen Einfluss von Kultur und Medien auf das (politische) Ende der Weimarer Republik argumentiert werden:

Kultur

- Dass konträre Positionen (vgl. M1 und M2) im Kultur-Diskurs der Weimarer Republik formuliert werden konnten, belegt die Existenz einer pluralen demokratischen Kulturlandschaft, in der unterschiedliche, politische und unpolitische Kulturzeugnisse ihren Platz hatten.
- Politiker wie Hitler, Goebbels und Frick führten die Weimar Republik in die Krise, nicht die Kultur. Letztlich waren sie es und ihre konservativen Unterstützer wie Hugenberg und Hindenburg, die die Demokratie untergruben und ihr Ende einleiteten.

Medien

- Die multiplen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Krisen Weimars wogen schwerer als ihre mediale Vermittlung. Die Staatskrise und die Weltwirtschaftskrise ab 1930 hätten auch ohne kulturelle oder mediale Begleitmusik zu einem Ende der Republik geführt.
- (Physische) Gewalt auf der Straße stürzte die Weimarer Demokratie in eine Legitimitätskrise, Medien und Kultur waren ein Katalysator von Gewalt, ersetzten diese aber nicht.
- Medien funktionierten trotz der ihnen innewohnenden Instrumentalisierungspotentiale in erster Linie als Informations- und Unterhaltungsmedien. „Freizeit“ als neuartiges Alltagsphänomen der Moderne wurde von Teilen der Stadtbevölkerung der Weimarer Republik mit Theater- und Kinobesuchen gefüllt, fernab politischer Motive.

Die Schülerinnen und Schüler wägen die Argumente gegeneinander ab und kommen zu einer differenzierten Bewertung, z. B. in dem Sinne, dass sie die Interdependenz einzelner Aspekte hervorheben und differenzierend einordnen.

Als besondere Leistung kann gelten, wenn die Quellen M1 und M2 dahingehend reflektiert werden, dass

- die Moderne-Kritik (Stellenwert und Verhältnis von Kultur und Medien in der Welt) Ausdruck der Moderne selbst ist.
- hinter diesen Materialien, unabhängig vom historischen Standpunkt der Verfasser, die überzeitliche Frage nach dem Verhältnis von Kultur/Medien und Politik steht, die aktuell lediglich in anderen kulturellen Dimensionen (Fake-News, National-Populismus) und bezüglich sowie mit anderen Medien-Technologien (KI) diskutiert wird.

Bewertung

Kriterien für eine gute Leistung:

Die Note „gut“ (11 Punkte) wird erteilt, wenn

- die Quellen M1 und M2 zutreffend beschrieben werden und ihr Inhalt korrekt, komprimiert und präzise zusammengefasst wird,
- Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den in M1 und M2 dargelegten Positionen kenntnisreich und sachlich durchgehend richtig herausgearbeitet werden,
- M1 und M2 unter steten Textstellenverweisen sachlich durchgehend richtig in die Medien- und Kulturentwicklung in der Weimarer Republik eingeordnet werden,
- Argumente für und gegen einen großen Einfluss von Medien und Kultur auf das Ende der Weimarer Republik plausibel gegeneinander abgewogen werden und in eine differenzierte Bewertung münden,
- die fachsprachlichen Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, differenziert und korrekt verwendet werden,
- die Bezüge zum Material und weiteren Positionen und Argumentationen sprachlich korrekt vorgenommen werden (z. B. durch Zitation, indirekte Rede, klare und durchgängige Unterscheidung von Fremd- und Eigenposition),
- die Ausführungen schlüssig strukturiert und fachsprachlich präzise formuliert sind, d. h. z. B. eine erkennbare Gliederung, logische Argumentationszusammenhänge und klare Bezüge aufweisen,
- die Ausführungen in eigener Sprache, korrekt und kompakt Sachverhalte und Positionen beschreiben und Argumentationen überzeugend zum Ausdruck bringen.

Kriterien für eine ausreichende Leistung:

Die Note „**ausreichend**“ (05 Punkte) wird erteilt, wenn

der Inhalt der Quellen M1 und M2 hinreichend komprimiert und zumeist sachlich richtig zusammengefasst wird,

- Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den in M1 und M2 dargelegten Positionen unter Beweis von Kenntnissen und sachlich im Ganzen noch zutreffend herausgearbeitet werden,
- M1 und M2 unter Textstellenverweisen sachlich überwiegend richtig in die Medien- und Kulturentwicklung in der Weimarer Republik eingeordnet werden,
- Argumente für den möglichen Einfluss der Medien- und Kulturentwicklung auf das (politische) Ende der Weimarer Republik teilweise gegeneinander abgewogen werden und in eine einigermaßen nachvollziehbare Bewertung münden,
- wichtige fachsprachliche Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, überwiegend richtig verwendet werden,
- Bezüge zu den Materialien (z. B. durch Textverweise) hergestellt und ggf. Fremd- und Eigenposition teilweise unterschieden werden,
- die Ausführungen strukturierende Elemente enthalten, d. h. in der Regel ein Bezug zur Fragestellung, eine Gliederung nach Themen und Unterthemen sowie zumeist noch eine erkennbare Gedankenführung gegeben sind,
- die Ausführungen zumeist in eigener Sprache nachvollziehbar formuliert sind.

Bei erheblichen Mängeln in der sprachlichen Richtigkeit und der äußeren Form sind je nach Schwere und Häufigkeit der Verstöße bis zu zwei Notenpunkte der einfachen Wertung abzuziehen.

Aufgabe 3

Themenbereich: Krisen, Umbrüche und
Modernisierungsprozesse in Wirtschaft und
Gesellschaft

Schwerpunkt: Wirtschaft und Gesellschaft in der
Bundesrepublik Deutschland 1949–1990

Erwartungshorizont

Teilaufgabe 3.1

Fassen Sie M1 zusammen.

(Anforderungsbereich I, 30%)

Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass es sich um den Artikel eines deutschen Publizisten handelt, der kurz nach den Osterunruhen 1968 in einer liberalen Wochenzeitung erschien. Als Grundtenor des Artikels machen sie Manns Appell an die Studenten aus, ihre revolutionären Ziele aufzugeben und sich innerhalb des politischen Systems zu engagieren.

Im Einzelnen führen sie etwa aus,

- dass Mann Revolutionen historisch eng mit Gewalt verbunden sieht, da sie bestehende Ordnungen durch gesetzwidrige Mittel umstürzen. Für moderne Industriegesellschaften seien sie überholt, tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen seien im Rahmen der bestehenden Verhältnisse möglich, wie die Entwicklung in Westeuropa in den letzten Jahrzehnten zeige.
- Die Frage nach der Legalität revolutionärer Gewalt sei obsolet, da Revolutionen notwendig gegen Gesetze verstießen; allenfalls lasse sich ihre Berechtigung diskutieren.
- Die Bundesrepublik Deutschland sei in keiner revolutionären Krisensituationen wie Frankreich 1792, Russland 1917 oder das gegenwärtige Vietnam. Auch ein Vergleich mit den USA, die Krieg gegen Vietnam führten und Schwarze diskriminierten, sei nicht sinnvoll. Da das Staatsvolk mehrheitlich hinter dem politischen System der Bundesrepublik stehe, sei politische Gewalt weder möglich noch gerechtfertigt.
- Eine kleine Minderheit, die aus Idealismus oder weniger lauter Motiven gegen den Staat kämpfe, werde im Gefängnis enden, und obendrein, ohne es zu wollen, konservative und reaktionäre Kräfte stärken, was bedauerlich sei.
- Die bei den Studenten kurrente Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Menschen und Gewalt gegen Sachen sei problematisch, da auch Sachen immer von Menschen geschützt würden.
- Die bei den Osterkrawallen angewandte Gewalt gegen die Macht des Springerkonzerns würde Mann persönlich für legitim halten, wenn es nicht dabei zu Todesfällen gekommen wäre; zur Regel dürfe sie nicht werden.
- Mann ruft die Studenten dazu auf, sich nicht in eine revolutionäre Rolle hineinzuimaginieren: sie seien keine Lenins, der auch als moralisches Vorbild nicht taue. Durch ihre revolutionäre Rhetorik würden sie der Polizei, dem Springer-Konzern und der Bundesregierung eine Rechtfertigung für harte Gegenmaßnahmen und öffentliche Diffamierung verschaffen.
- Die Forderung, den Einfluss des Springer-Konzerns zu begrenzen, teilt Mann, aber nicht die Methoden, die die Studenten anwandten.
- Er wünscht sich kreative, intelligente Proteststrategien, die den Gesetzgeber dazu bewegen könnten, etwas gegen die Medienmacht des Springerkonzerns zu unternehmen. Wer politische Veränderungen wolle, müsse erreichbare Ziele formulieren, Bündnisse suchen und ein Mindestmaß an Respekt für den Staat zeigen.
- Eine außerparlamentarische Opposition könne erfolgreich nur innerhalb des bestehenden Systems agieren. Es gebe keine Alternative zu systemimmanenten Reformen, die innerhalb weniger Jahrzehnte tiefgreifende Veränderungen bewirken könnten.

- Mann fragt, ob es den Studenten, wie sie vorgäben, wirklich um Frieden in Vietnam, Pressevielfalt und Rechtssicherheit oder vielmehr um den Kampf gegen das „System“ gehe, den er für aussichtslos hält.
- Er bestreitet die Legitimität der von den Studenten geforderten „Räte“ aus Arbeitern, Angestellten, Studenten und Schülern – namentlich Letzteren spricht er die Kompetenz ab, mitzuentcheiden. Zudem bezweifelt er, dass die Studenten mit Arbeitern und Angestellten größere politische Übereinstimmungen hätten.
- Als positives Beispiel führt er Proteste gegen den Vietnamkrieg in den USA an, die Präsident Johnson zum Verzicht auf eine zweite Kandidatur und möglicherweise zu neuen Friedensverhandlungen führen würden.
- Mann mahnt zu Beharrlichkeit und kluger Strategie: Wer politisch erfolgreich handeln wolle, müsse die Rahmenbedingungen ernst nehmen.
- Nach den Osterprotesten sollten sich die Studenten neu ausrichten und beginnen, realistische Politik zu machen.

Teilaufgabe 3.2

Ordnen Sie die Quelle in den Zusammenhang der gesellschaftlichen Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland ein.

(Anforderungsbereich II, 40%)

Erwartet wird eine strukturierte Einordnung, die über das bloße Anführen von Fakten hinausgeht, vielmehr konkret auf das Bezug nimmt, was in M1 genannt wird, und es mit den Modernisierungsprozessen in der Bundesrepublik Deutschland zu einer triftigen Narration verknüpft. Vollständigkeit wird nicht erwartet, Maßstab muss sein, was Thema im Unterricht war. Mögliche Anknüpfungspunkte könnten in etwa sein:

Gesellschaftliche Modernisierung

- Bis 1965 war die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland von Industrie und Handwerk gekennzeichnet (48 % der Erwerbstätigen); im Dienstleistungssektor waren 41 % der Beschäftigten tätig.
- In der Industrie dominierte schwere körperliche Arbeit bei einem geringen Ausbildungsgrad und einer niedrigen weiblichen Erwerbstätigkeit.
- Gleichzeitig entwickelte sich der Dienstleistungssektor, der eine höhere Ausbildung erforderte und auch von einer höheren Frauenerwerbsquote dominiert war. Im Zuge der 1968er Bewegung bildete sich, teils in Auseinandersetzung mit den in ihr dominierenden Männern, die Zweite Frauenbewegung.
- Der erstaunliche wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland, das so genannte Wirtschaftswunder, war 1966 in einer ersten Rezession zum Ende gekommen. Diese wurde zwar durch die Politik der Großen Koalition rasch überwunden, hinterließ aber eine deutliche Verunsicherung.
- Zudem war die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eine „junge Gesellschaft“, ein Drittel der Bevölkerung war unter 20 Jahre alt. Die 1968er Bewegung lässt sich, wie auch in M1 angedeutet wird, als Generationenkonflikt verstehen.
- In der Gruppe der von 1948 bis 1953 Geborenen, die sich 1968 sich in Ausbildung befanden oder gerade ins Berufsleben gestartet waren, hatte immerhin schon ein Drittel einen Gymnasialabschluss. Dies trug zu einer Überfüllung der Universitäten bei, deren veraltete Strukturen einen ersten Anlass für die Proteste der Studenten boten.

Studentische Protestbewegung

- Unter dem Einfluss der Studentenproteste in den USA bildete sich auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Studentenbewegung.
- 1966 kritisierte sie die Bildung der Großen Koalition, die zu wenig kontroverse Debatten im Bundestag ermögliche. Die FDP bildete mit 50 Sitzen lediglich 9,5% der Stimmen ab. Daraufhin entwickelte sich die „außerparlamentarische Opposition“, gegründet vor allem im studentischen Milieu. Dabei radikalisierten sich viele studentische Vereinigungen im Laufe des Jahres 1967/68 und wandten sich zunehmend militanter gegen die konservative Presse, namentlich jene des Springer-Konzerns.
- Die APO setzte sich vor allem für eine Demokratisierung der Hochschulen ein, kritisierte die aus ihrer Sicht schwache Opposition im Parlament und die Einführung einer

Notstandsgesetzgebung und sympathisierte mit der Bürgerrechts- und Anti-Vietnamkriegsbewegung in den USA.

- Politisch-theoretisch wurde die junge Generation von der „Frankfurter Schule“ unter Adorno, Horkheimer und Herbert Marcuse beeinflusst, die die marxistische Theorie mit den Ideen von Sigmund Freud verband und in der aktuellen Gesellschaft Tendenzen von Faschismus erkennen wollte. Das verblendete Proletariat sei nicht in der Lage, die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden. Stattdessen sollten dies unterdrückte Randgruppen übernehmen, zu denen eben jene (jungen) Intellektuellen in den westlichen Metropolen gehörten.
- Vor allem 1967/68 kulminierten die Aktionen der Studentenbewegung und es kam zu einer Phase der politischen Konfrontation, die sich teils in skurrilen „Happenings“ (z. B. Teach-ins, Sitzblockaden und Demonstrationen), teils aber auch in Gewaltausbrüchen äußerte:
 - 2. Juni 1967: Beim Schah-Besuch in Berlin kommt es zu Ausschreitungen zwischen persischen Sicherheitsbeamten flankiert von Berliner Polizisten und den gegen den Schah protestierenden Demonstranten. Dabei wird der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen.
 - Die Proteste weiten sich auf westdeutsches Gebiet vor allem an den Universitäten und Hochschulen aus.
 - Der SDS und Rudi Dutschke werden zum Sprachrohr der Studentenbewegung. Sie fordern die Enteignung des Springer-Verlags, den sie vor allem wegen dessen Presse-Kampagne gegen die Studenten für die Tötung von Benno Ohnesorg verantwortlich machen.
 - Im Februar 1968 findet unter Führung des SDS in Berlin der Internationale Vietnam-Kongress statt, mit einem Marsch von 12.000 Protestierenden in der Innenstadt (zeitgleich zur Tet-Offensive in Vietnam).
 - Im April 1968 verüben Gudrun Ensslin und Andreas Baader in Frankfurt Brandanschläge auf zwei Warenhäuser.
 - Am 11. April 1968 (Gründonnerstag) wird Rudi Dutschke Opfer eines Attentats, das von einem jungen NPD-Anhänger verübt wird.
 - Daraufhin demonstrieren – auch mit Gewaltaktionen – bundesweit zehntausende Studenten und weitere Bürger gegen den Springer-Verlag, zu dem auch die Bild-Zeitung gehört. Sie blockieren beispielsweise Zugänge zu Druckereien.
 - Am 30. Mai 1968 werden die Notstandsgesetze von der großen Koalition von CDU/CSU und SPD im Bundestag verabschiedet.
 - Die Proteste dagegen ebbten über den Sommer ab, zumal keine Solidarisierung mit der Gewerkschaftsbewegung gelingt, weil in der neuen Gesetzgebung auch das Recht auf Widerstand festgelegt wird, um die Unterstützung der Gewerkschaften zu erhalten.
- Manns Text nimmt direkt Bezug auf das Attentat auf Rudi Dutschke. Er äußert Kritik, zeigt aber auch Verständnis für die Studentenbewegung.
 - Die revolutionären Positionen, die auf einen grundsätzlichen Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft abzielen, lehnt er ab.
 - Sympathie äußert er an der Kritik am Springer-Verlag, lehnt aber die damit einhergehende Gewalt ab.
 - Er plädiert dafür, sich innerhalb des politischen Systems zu engagieren und Veränderungen zu bewirken, was Teile der 1968er Bewegung in der Folge tatsächlich tun („Marsch durch die Institutionen“).
 - Mann befürchtet, dass die Studentenbewegung als Gegenbewegung eine rechte Bewegung hervorruft. Tatsächlich ist die rechtsextreme NPD bei mehreren Landtagswahlen erfolgreich, scheitert aber bei den Bundestagswahlen 1969.
 - Manns Position zeigt aber auch die gesellschaftliche Kluft zwischen der jüngeren und der älteren Generation auf, die für die Störung des Systems keine große Sympathie hegt.

Teilaufgabe 3.3

Diskutieren Sie die Rolle der Studentenbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1990.

(Anforderungsbereich III, 30%)

Ausgehend von ihren bisherigen Ergebnissen entfalten die Schülerinnen und Schüler eine Argumentation, die die verschiedenen positiven wie negativen Folgen der Studentenbewegung gegeneinanderstellt und in einem abgewogenen Werturteil zusammenführt.

Als negative Wirkung verweisen sie etwa auf

- die Etablierung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, die sich bis in die Hausbesetzer- und die Anti-Atom-Bewegung der 1970er und 1980er Jahre fortsetzte,
- die Radikalisierung großer Teile der jungen Generation, wie sie sich nach dem Ende des SDS etwa in den K-Gruppen wie KPD, KBW, GIM usw., aber auch bei den Jusos und verschiedenen Hochschulgruppen zeigte,
- die Entstehung des politischen Terrorismus in der Bundesrepublik, der sich etwa mit der „Bewegung 2. Juni“ explizit auf die Ereignisse im Kontext der Studentenbewegung bezieht; auch die RAF, die in ihren drei Generationen Sachschäden im Wert von mehreren hundert Millionen DM anrichtete und 33 Menschen ermordete, war ein Kind der Studentenbewegung und wurde von deren Protagonisten als solche anerkannt (siehe den Auftritt von Rudi Dutschke 1974 am Grab von Holger Meins),
- die verständliche, wahrscheinlich aber überzogene Reaktion des Staates auf den „Marsch durch die Institutionen“ Zehntausender, die durch die Studentenbewegung politisch sozialisiert wurden, im Radikalenerlass von 1972: Von der Regelanfrage beim Verfassungsschutz waren bis in die 1980er Jahre eine Million Bewerber für den öffentlichen Dienst betroffen; einem Bruchteil wurde die gewünschte Anstellung verweigert.

Als positive Wirkungen führen die Schülerinnen und Schüler beispielsweise an

- die vertiefte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der NS-Zeit nach kollektivem jahrelangem Beschweigen,
- die Wahl Willy Brandts zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler, die nicht zuletzt auf die linken Neigungen der jüngeren Generation zurückzuführen waren („Genosse Trend“),
- die gesellschaftspolitischen Modernisierungen der sozialliberalen Koalition, die in Brandts Agenda „Mehr Demokratie wagen“ zusammengefasst werden konnten. Daran schloss sich tatsächlich eine breite Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten an, zum Beispiel in einer Reform des Straf- und Familienrechts, einem neuen Mitbestimmungsrecht von Arbeitnehmern in großen Konzernen, der Stärkung der Gewerkschaften und nicht zuletzt der Einführung von Schülerversammlungen,
- die Politisierung vieler Beteiligten der Studentenproteste, die – teilweise nach Überwindung einer Zeit in den K-Gruppen – in den 1970er Jahren ein alternatives Milieu bildeten, das sich aus der Anti-Atomkraft-, der Ökologie- und der Friedensbewegung speiste und 1980 schließlich die Partei „Die Grünen“ gründete,
- das Aufkommen der Zweiten Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, die geschlechterpolitische Fortschritte etwa im Familien- und Abtreibungsrecht, im Arbeitsrecht und der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Frauen durchzusetzen half.

Die Schülerinnen und Schüler wägen die Argumente gegeneinander ab etwa in dem Sinne,

- dass die negativen Wirkungen nur kurzfristiger Natur waren, die positiven aber langfristig und nachhaltig,
- oder dass die positiven Wirkungen gar nicht Folge der Studentenbewegung, sondern solche eines bürgerlichen Modernisierungs- und Liberalisierungsprozesses waren, der mit den NS-Prozessen und der Spiegel-Affäre bereits Anfang der 1960er Jahre und damit deutlich früher einsetzte. Die Studentenbewegung habe die Bundesrepublik Deutschland nicht liberalisieren, sondern im Gegenteil in ein Rätssystem umwandeln wollen und damit den Modernisierungs- und Liberalisierungsprozess eher gestört, statt ihn zu befördern,
- oder dass die Studentenbewegung zwar gewaltsam für Marxismus und ein Rätssystem agitiert, dadurch jedoch, und ohne es zu wollen, entscheidend zu einer Liberalisierung und Modernisierung der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen habe.

Abschließend formulieren sie ein plausibles Sach- und Werturteil.

Bewertung

Kriterien für eine gute Leistung:

Die Note „**gut**“ (11 Punkte) wird erteilt, wenn

- die Quelle M1 zutreffend beschrieben und ihr Inhalt korrekt, komprimiert und präzise zusammengefasst wird,
- die Quelle M1 mit steten Textstellenverweisen sachlich durchgehend richtig in den Zusammenhang der Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland eingeordnet wird,
- Argumente für und gegen positive Wirkungen der Studentenbewegung plausibel gegeneinander abgewogen werden und im Rahmen der Diskussion in eine differenzierte Bewertung münden,
- die fachsprachlichen Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, differenziert und korrekt verwendet werden,
- die Bezüge zum Material und weiteren Positionen und Argumentationen sprachlich korrekt vorgenommen werden (z. B. durch Zitation, indirekte Rede, klare und durchgängige Unterscheidung von Fremd- und Eigenposition),
- die Ausführungen schlüssig strukturiert und fachsprachlich präzise formuliert sind, d. h. z. B. eine erkennbare Gliederung, logische Argumentationszusammenhänge und klare Bezüge gegeben sind,
- die Ausführungen in eigener Sprache, korrekt und kompakt Sachverhalte und Positionen beschreiben und Argumentationen überzeugend zum Ausdruck bringen.

Kriterien für eine ausreichende Leistung:

Die Note „**ausreichend**“ (05 Punkte) wird erteilt, wenn

- der Inhalt der Quelle M1 hinreichend komprimiert und zumeist sachlich richtig zusammengefasst wird,
- die Quelle M1 mit Textstellenverweisen sachlich überwiegend richtig in den Zusammenhang der Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland eingeordnet wird,
- Argumente für und gegen positive Wirkungen der Studentenbewegung teilweise gegeneinander abgewogen werden und im Rahmen der Diskussion in eine einigermaßen nachvollziehbare Bewertung münden,
- wichtige fachsprachliche Formulierungen, insbesondere die Fachbegriffe, überwiegend richtig verwendet werden,
- Bezüge zu den Materialien (z. B. durch Textverweise) hergestellt und ggf. Fremd- und Eigenposition teilweise unterschieden werden,
- die Ausführungen strukturierende Elemente enthalten, d. h. in der Regel ein Bezug zur Fragestellung, eine Gliederung nach Themen und Unterthemen sowie zumeist noch eine erkennbare Gedankenführung gegeben sind,
- die Ausführungen zumeist in eigener Sprache nachvollziehbar formuliert sind.

Bei erheblichen Mängeln in der sprachlichen Richtigkeit und der äußeren Form sind je nach Schwere und Häufigkeit der Verstöße bis zu zwei Notenpunkte der einfachen Wertung abzuziehen.



Hamburg

Behörde für Schule,
Familie und Berufsbildung

Name / Kurs-Nr.

Schriftliche Abiturprüfung Schuljahr 2025/2026

Geschichte auf erhöhtem Anforderungsniveau an allgemeinbildenden gymnasialen Oberstufen

Haupttermin
Montag, 4. Mai 2026, 09:00 Uhr

Unterlagen für die Prüflinge

Allgemeine Arbeitshinweise

- Überprüfen Sie diese Unterlagen auf Vollständigkeit.
- Schreiben Sie auf alle Prüfungsunterlagen Ihren Namen und zusätzlich auf dieses Deckblatt Ihre Kursnummer.
- Kennzeichnen Sie Ihre Entwurfsblätter (Kladde) und Ihre Reinschrift.

Fachspezifische Arbeitshinweise¹

- Die Arbeitszeit beträgt **315 Minuten**.
- Eine gesonderte Lese- oder Auswahlzeit wird nicht gewährt.
- Hilfsmittel: Rechtschreibwörterbuch, Fremdwörterlexikon

Aufgabenauswahl

- Sie erhalten **drei** Aufgaben zu unterschiedlichen Schwerpunkten.
- Wählen Sie **eine** Aufgabe aus und bearbeiten Sie diese.
- Vermerken Sie auf der Reinschrift, welche Aufgabe Sie bearbeitet haben.

Bearbeitet wurde die folgende Aufgabe:

Aufgabe 1	Aufgabe 2	Aufgabe 3

¹ Entsprechend der „Richtlinie über die Gewährung von Erleichterungen für neu zugewanderte Schülerinnen, Schüler und Prüflinge bei Sprachschwierigkeiten in der deutschen Sprache“ (MBISchul Nr. 08, 7. Oktober 2016, S. 60) werden für die betroffenen Prüflinge die folgenden Erleichterungen gewährt:

- Die Bearbeitungszeit wird um 30 Minuten auf **345 Minuten** erhöht.
- Ein nicht-elektronisches Wörterbuch Deutsch – Herkunftssprache / Herkunftssprache – Deutsch wird bereitgestellt.

Aufgabe 1

Themenbereich: **Staat und Nation in der deutschen Geschichte
des 19. und 20. Jahrhunderts**

Schwerpunkt: **Die Weimarer Republik**

Teilaufgaben

- 1.1 Fassen Sie M1 zusammen.
(Anforderungsbereich I, 30%)
- 1.2 Ordnen Sie M1 in den historischen Kontext der Außenpolitik der Weimarer Republik ein.
(Anforderungsbereich II, 40%)
- 1.3 Beurteilen Sie, ob die Verträge von Locarno ein Erfolg der deutschen Außenpolitik waren.
Beziehen Sie dabei M1 und M2 mit ein.
(Anforderungsbereich III, 30%)

Material

M1

Gustav Stresemann: Überwindung von Versailles, in: Magdeburgische Zeitung Nr. 575 vom 12.11.1925 (anonym veröffentlicht), zitiert nach: Gustav Stresemann: Schriften, hg. v. Arnold Harttung, Berlin 1976 (Hervorhebungen im Original, Rechtschreibung angepasst).

M2

Gottfried Feder: Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, Berlin 1930, S. 3305.
Online unter: https://www.reichstagsprotokolle.de/Band2_w4_bsb00000110.html (letzter Zugriff: 29.07.2025, Rechtschreibung angepasst).

M1

Gustav Stresemann (1878–1929) war seit 1918 Vorsitzender der Deutschen Volkspartei (DVP) und von 1923 bis zu seinem Tod Reichsminister des Auswärtigen. Den vorliegenden Text veröffentlichte er am 25. November 1925 anonym in der nationalliberal orientierten „Magdeburgischen Volkszeitung“.

Überwindung von Versailles

Der Grundirrtum oder die grundsätzliche Irreführung, deren sich die meisten Gegner der Locarno-Verträge schuldig machen, liegt darin, dass man sie ohne Zusammenhang mit der Bedeutung und Entwicklung der Sicherheitsfrage beurteilt und kritisiert.

- 5 Nur die begründete Überzeugung, dass das Problem der Sicherheit, in den Verhandlungen entstanden und in den folgenden Jahren zu der zentralen Frage der europäischen Kabinettspolitik erwachsen, eine Lösung, wenn nicht mit Deutschland, dann gegen Deutschland finden werde, hat die Reichsregierung veranlasst, in Besprechungen einzutreten, deren Ziel sein musste, die Gefahren einer Lösung der Sicherheitsfrage ohne und gegen Deutschland abzuwenden. Diese lagen, konkret
- 10 gesprochen, in einer dauernden Belastung der deutschen Souveränität im Rheinland, einer schließlichen Entfremdung dieses ältesten deutschen Gebietes und einer Durchsetzung der französischen Annexionspläne, allgemein und international-politisch gesehen, in einer Befestigung des Zusammenschlusses der Westmächte und ihrer Gefolgestaaten gegen Deutschland, in einer Verewigung der Kriegskonstellation und in
- 15 der langsamen politischen und wirtschaftlichen Erdrosselung Deutschlands inmitten einer feindselig gerichteten Welt. Es ist klar, dass ein solcher Versuch, die Lage Deutschlands zu verbessern und künftige Entwicklungsmöglichkeiten sicherzustellen, seine Basis suchen musste einmal auf den machtpolitischen Veränderungen, wie sie durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges geworden sind, dann aber in den
- 20 Ideen des Völkerbundes, deren Ziel jede Verhinderung eines Angriffskrieges durch Ächtung des Angreifers und durch obligatorisches Schiedsverfahren ist.

- Wer sich dieser Zusammenhänge und Gegebenheiten bewusst ist, wird schwerlich der Demagogie des Schlagworts von der „Preisgabe deutschen Landes“ verfallen, das den sogenannten Westpakt anklagt, weil er, um das deutsche Rheinland vor internationalem
- 25 oder französischem Zugriff zu retten, auf die gewaltsame Änderung der Grenzen des Versailler Vertrags verzichtet, für diese Grenzen und zugunsten Deutschlands die Garantie Englands und Italiens erhält und für alle Streitigkeiten zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn über die Auslegung aller Verträge, einschließlich des Versailler Vertrages und des Rheinland-Abkommens, das schiedsgerichtliche
- 30 Verfahren einsetzt. [...]

- Zu den Gegebenheiten, mit denen bei Lösung der Sicherheitsfrage gerechnet werden musste, gehörte die Tatsache, dass Frankreich in den Nachkriegsjahren mit Polen und der Tschechoslowakei Bündnisse abgeschlossen hat, deren politischer Inhalt bekannt und beim Völkerbund vorschriftsmäßig eingetragen ist, während die militärischen
- 35 Abmachungen geheim geblieben sind. Es ist aber nicht daran zu zweifeln, dass sich diese Bündnisse gegen jeden Versuch Deutschlands richten, seine Ostgrenzen gewaltsam zu ändern, und dass sich Deutschland bei einem solchen Unternehmen in einen Krieg zum mindesten nach zwei Fronten verwickelt sehen würde.

- 40 Dass bei der heutigen politischen und diplomatischen Situation keine Möglichkeit gegeben ist, mit Gewalt die Ostgrenzen Deutschlands zu korrigieren, muss auch von den Gegnern der Locarno-Verträge zugegeben werden. Die nach Osten abgeschlossenen Schiedsverträge streben eine friedliche Austragung von Konflikten an,

45 sind aber in keiner Weise auf die gegenwärtigen Grenzen abgestellt; es sind Verträge, wie sie Deutschland bereits mit einer Reihe anderer Staaten abgeschlossen hat, und lassen wie jene für die Entscheidungen über die großen politischen Fragen, in denen wir den Machtspruch von Versailles nicht als endgültig anerkennen können, den Kontrahenten letzten Endes freie Hand. Dagegen ist Deutschland künftig durch das Schieds- und Vergleichsverfahren gegen jeden polnischen und tschechischen Übergriff geschützt [...].

50 Dass eine solche Regelung den leidenschaftlichen und berechtigten Ruf nach Wiedergutmachung des Deutschland in Versailles und in der Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien¹ angetanen Unrechts nicht endgültig befriedigt, ist sicher; aber ebenso sicher ist es, dass dem Vollzug historischer Notwendigkeiten durch Locarno keine Schranken gesetzt sind, und dass die Hindernisse, welche bisher das
55 französisch-polnische und französisch-tschechische Bündnis vor diesen Vollzug gesetzt haben, künftig gelockert sein werden. [...]

Die Lösung der Sicherheitsfrage und die Verträge von Locarno sind von den führenden Staatsmännern als die Einleitung einer neuen europäischen Politik aufgefasst und gewollt worden, die alle beteiligten Nationen aus den politischen und wirtschaftlichen
60 Wirrsalen einer falschen Bahn herausführen und neue, vielleicht endgültige Katastrophen verhüten soll. Der vielzitierte „Geist von Locarno“ soll lebendig gemacht werden. Es ist nun eine Eigenschaft der Geister, dass sie nicht sichtbar sind, ja, dass sie nicht einmal von allen verspürt werden, und es gibt Skeptiker, welche sie überhaupt leugnen. Die deutschen Unterhändler in Locarno, die diese Schwäche kannten, haben
65 sich deshalb bemüht, gewisse Materialisierungen des Geistes von Locarno zu erzielen, von denen einige, wie der Abbau der französischen Landvögte² im besetzten Gebiet, die Wiederzulassung eines deutschen Rheinlandkommissars, die Einstellung der polnischen Optanten-Ausweisungen³, schon sichtbar geworden sind, während sich andere wichtige noch im Kampf mit der widerstrebenden Körperwelt befinden.

70 Es ist aber klar, dass diese Symptome der sogenannten Rückwirkungen, so wichtig sie für das Rheinland und für die innere deutsche Politik auch sind, diejenigen nicht von der Notwendigkeit der Locarno-Verträge überzeugen können, die von vornherein und aus inneren politischen Gesetzen dem Gedanken widerstreben, die Schäden und Verluste des Krieges nicht durch neue Kriege, sondern durch dauerhaften Frieden gutzumachen
75 und die Versuche zu fördern, welche der Welt neue Methoden internationaler Gemeinschaft geben wollen.

Der Geist von Versailles, der auch in Deutschland seine Anbeter hat, steht in unvereinbarem Gegensatz zu dem Geist von Locarno; nur hat jener⁴ den Vorteil, dass er seit Jahrhunderten beglaubigt und sichtbar ist, während dieser sich seinen Zutritt in
80 die Gehirne vieler Menschen erst erkämpfen muss. [... D]er große prinzipielle Geisterkampf, den das Vertragswerk von Locarno einschließt, wird letzten Endes [...] dadurch bestimmt, ob die Kräfte, die in Versailles den [...] Ausdruck ihrer geschichtlichen Denkart erblicken, noch so stark sind, dass die Tore wieder zuschlagen können, die von Locarno in die Zukunft führen sollen.

¹ Anspielung auf die Abtretung Ostoberschlesiens an Polen auf Empfehlung des Völkerbunds 1921/22: Am 20. März 1921 hatte eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit des Gebiets stattgefunden, bei der fast 60 % für einen Verbleib beim Deutschen Reich gestimmt hatten.

² Landvögte: Gemeint sind die französischen Militärkommandeure im besetzten Rheinland.

³ Optanten-Ausweisungen: Mit „Optanten“ sind hier diejenigen gemeint, die bei Volksabstimmungen zur nationalen Zugehörigkeit in der Folge des Versailler Vertrags die deutsche Staatsbürgerschaft gewählt hatten und infolgedessen aus dem 1918 neu gegründeten polnischen Staat ausgewiesen wurden.

⁴ Gemeint ist hier der „Geist von Versailles“.

M2

Gottfried Feder (1883–1941) war ein nationalsozialistischer Wirtschaftstheoretiker und Politiker. Von 1924 bis 1936 gehörte er für die völkische Fraktion und später für die NSDAP dem Reichstag an. Am 29. November 1929 sagte Feder in einer Rede im Reichstag:

- Ich erinnere aber daran, dass die in Aussicht stehende Rheinlandräumung auch schon ein Hauptargument für die Annahme des Dawes-Paktes gewesen ist. Ebenso werden Sie sich erinnern, dass man nach Locarno gegangen ist, weil zwar der Dawes-Plan nicht das erhoffte Ergebnis gebracht habe, aber unter den Segnungen des Locarno-Geistes würde das Rheinland endgültig frei werden. Es war aber wieder nichts damit, und nachdem wir in Locarno wieder hineingelegt worden sind, hat Stresemann erklärt: Wir müssten eben in den Völkerbund gehen; sobald wir in Genf eingezogen seien, werde selbstverständlich kein Grund mehr bestehen, das Rheinland nicht zu räumen. Wiederum war dies eine Täuschung der Öffentlichkeit. Frankreich hat gar nicht daran gedacht, das Rheinland zu räumen.

Aufgabe 2

Themenbereich: **Staat und Nation in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts**

Schwerpunkt: **Die Weimarer Republik**

Teilaufgaben

- 2.1 Fassen Sie M1 und M2 zusammen.
(Anforderungsbereich I, 30%)
- 2.2 Ordnen Sie M1 und M2 in die Kultur- und Medienentwicklung in der Weimarer Republik ein.
(Anforderungsbereich II, 40%)
- 2.3 Diskutieren Sie ausgehend von M1 und M2 den Einfluss von Kultur und Medien auf das Ende der Weimarer Republik.
(Anforderungsbereich III, 30%)

Material

M1

„Die Geisteswende. Kulturverfall und seelische Wiedergeburt“, Auszug aus dem Manifest des Kampfbundes für deutsche Kultur (1929). Online unter: <https://www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-28511> (letzter Zugriff: 29.04.2025, in Auszügen, Rechtschreibung angepasst).

M2

„Frick über Deutschland!“, Harry Graf Kessler, Berlin 17.12.1930 an die Zentral-Redaktion für deutsche Zeitungen. Online unter: <https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/weimarer-republik/275870/weimar-und-der-kulturelle-aufbruch/> (letzter Zugriff: 29.04.2025, Rechtschreibung angepasst).

M1

Ende 1928 wurde der von der NSDAP initiierte Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK) gegründet. Eine Vielzahl der öffentlichen Förderer dieses Bundes waren Hochschullehrer, unter ihnen Paul Schultze-Naumburg, Mitgründer des Deutschen Bundes Heimatschutz, der zum öffentlichkeitswirksamsten Redner des KfdK und ab 1930 Leiter der Vereinigten Kunstlehranstalten in Weimar wurde.

Das hier in Auszügen vorliegende Gründungsmanifest des KfdK erschien im Januar 1929 unter dem Titel „Die Geisteswende. Kulturverfall und seelische Wiedergeburt“.

Heute haben alle Gegenkräfte gesiegt, die ohne jedes Volksbewusstsein ... (Der Text wurde aus urheberrechtlichen Gründen entfernt.)

M2

Harry Graf Kessler (1868–1937), war ein deutscher Schriftsteller und Diplomat, der abwechselnd in Weimar, Berlin, Paris und London lebte. Als mit Wilhelm Frick ab Januar 1930 in Thüringen erstmals ein Politiker der NSDAP Minister wurde (Staatsminister für Inneres und Volksbildung), äußerte sich Kessler zu dessen Kulturpolitik und derjenigen Paul Schultze-Naumburgs (dem Leiter der Vereinigten Kunstlehranstalten in Weimar). Mit dem vorliegenden offenen Brief wandte Kessler sich an die Zentral-Redaktion deutscher Zeitungen, die ihn daraufhin abdruckten:

Frick über Deutschland!

Als 1904 Wilhelm II. dekretierte, dass die Bilder von deutschen Künstlern ... (Der Text wurde aus urheberrechtlichen Gründen entfernt.)

Aufgabe 3

Themenbereich: Krisen, Umbrüche und
Modernisierungsprozesse in Wirtschaft und
Gesellschaft

Schwerpunkt: Wirtschaft und Gesellschaft in der
Bundesrepublik Deutschland 1949–1990

Teilaufgaben:

- 3.1 Fassen Sie M1 zusammen.
(Anforderungsbereich I, 30%)
- 3.2 Ordnen Sie die Quelle in den Zusammenhang der gesellschaftlichen Modernisierung der
Bundesrepublik Deutschland ein.
(Anforderungsbereich II, 40%)
- 3.3 Diskutieren Sie die Rolle der Studentenbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland bis 1990.
(Anforderungsbereich III, 30%)

Material

M1

Golo Mann: Hört auf, Lenin zu spielen! Ein Wort an die unruhigen Studenten. In: Die Zeit vom 26. April 1968, S. 3. Online unter: <https://www.zeit.de/1968/17/hoert-auf-lenin-zu-spielen/komplettansicht> (letzter Zugriff: 15.06.2025, in Auszügen, Rechtschreibung angepasst).

M1

Golo Mann (1909–1994) war ein deutscher Historiker und Publizist. Am 26. April 1968 veröffentlichte die Wochenzeitung <i>Die Zeit</i> den folgenden Artikel von ihm:
--

Hört auf, Lenin zu spielen!

Ein Wort an die unruhigen Studenten

„Gewalt“ gehört zum klassischen Revolutionsbegriff. Die bestehende Ordnung ... (Der Text wurde aus urheberrechtlichen Gründen entfernt.)